

**Bayerische SPD-Landesgruppe  
Pressestelle**

**Gute-Arbeit-Newsletter Nr. 8  
9. Juli 2008**

**1. Der Ausbildungsbonus kommt! – Lehrstellen für benachteiligte Jugendliche**

Am 4. Juli hat auch der Bundesrat dem Ausbildungsbonus zugestimmt. Damit kann das Gesetz zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres endlich in Kraft treten, mit dem benachteiligten Jugendlichen zu einer Lehrstelle verholfen werden soll.

Arbeitgeber, die bis Ende 2010 förderungsbedürftige Jugendliche einstellen, die seit längerem vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, erhalten von der Agentur für Arbeit einen einmaligen Bonus von bis zu 6000 Euro. 100 000 zusätzliche Ausbildungsplätze sollen bis zum Jahre 2010 geschaffen werden.

Teil des Pakets ist außerdem die Erprobung einer Berufseinstiegsbegleitung an 1000 allgemein bildenden Schulen. Jugendlichen, die besondere Unterstützung brauchen, werden Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter an die Seite gestellt. Diese unterstützen sie individuell bei der Vorbereitung des Schulabschlusses, bei der Berufsorientierung und -wahl sowie beim Übergang in die Ausbildung.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern wir, dass jede/r Jugendliche eine Lehrstelle bekommt. Der Ausbildungsbonus ist ein Schritt in diese Richtung.

Weitere Infos unter

[http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs\\_dok/0,,43781,00.html](http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs_dok/0,,43781,00.html)

[http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs\\_dok/0,,44316,00.html](http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs_dok/0,,44316,00.html)

[http://www.bmas.de/coremedia/generator/26426/2008\\_06\\_05\\_ausbildungsbonus.html](http://www.bmas.de/coremedia/generator/26426/2008_06_05_ausbildungsbonus.html)

**2. Flexible Lösungen für ältere Beschäftigte – SPD steht für Altersteilzeit**

Ende 2009 läuft die Altersteilzeit aus. Daher hat das SPD-Präsidium vor der Sommerpause einstimmig die Verlängerung der Altersteilzeit bis 2015 beschlossen. Die Union dagegen will die Altersteilzeit auslaufen lassen. Das darf nicht passieren! Es muss auf die Menschen Rücksicht genommen werden, die ihr Leben lang in aufreibenden Berufen gearbeitet haben.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen wir dafür, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die schlichtweg nicht mehr können, früher aus dem Berufsleben ausscheiden können. Flankierend zur Rente mit 67 brauchen wir daher flexible Übergänge ins Rentenalter ohne Renteneinbußen. Gibt es keine Fortführung der Altersteilzeit, droht den Menschen Altersarmut, die vorzeitig aussteigen. Das aber scheint CDU und CSU nicht zu jucken.

Die SPD fordert, dass die Altersteilzeit auf richtigen Füßen steht: Im Sinne der Generationengerechtigkeit sollen die Unternehmen die frei werdenden Stellen mit jungen Berufseinsteiger/inne/n besetzen.

Ein weiterer wichtiger Teil des Beschlusses ist die Aufwertung der Teilrente. Älteren Menschen soll ermöglicht werden, mit ihr Arbeitsleben mit Teilzeitarbeit ausklingen zu lassen.

Weitere Infos unter

<http://www.spd.de/menu/1751008/>

### **3. Fachkräftemangel beheben – Soziale Gerechtigkeit in der Bildung**

Der Fachkräftemangel ist ein ungelöstes Problem: Bereits im Jahr 2014 können in Deutschland rund 500 000 Akademikerinnen und Akademiker fehlen. Gleichzeitig wird es eine große Zahl von Arbeitslosen mit geringer Qualifikation geben. Diese Schere müssen wir schließen. Wir müssen die Potenziale nutzen, die in unserer Gesellschaft stecken. Daher hat die SPD-Bundestagsfraktion im Juni mehrere Maßnahmen beschlossen.

Noch vor der Bundestagswahl im September 2009 soll/en

- der Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss durchgesetzt,
- das Meister-BaföG reformiert,
- die Hochschulen endlich für Fachkräfte ohne Abitur geöffnet und 200 000 zusätzliche Studienplätze bis 2015 geschaffen werden.

Spätestens nach der Bundestagswahl soll die Erwachsenenbildung verbessert und das Nachholen eines Berufsabschlusses als Rechtsanspruch verankert werden. Außerdem ist ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung geplant.

Der Zugang zu Bildung muss sozial gerecht sein. Das Recht auf eine zweite Chance muss verankert werden. Wenn mehr Menschen Zugang zu Qualifizierung bekommen, kann der Fachkräftemangel gelöst werden.

Weitere Infos unter

[http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs\\_dok/0,,44448,00.html](http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs_dok/0,,44448,00.html)

### **4. Unfallversicherung auf stabilem Boden – Bundestag hat Gesetz beschlossen**

Der Bundestag hat vor der Sommerpause das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Unfallversicherung beschlossen. Damit sorgt die Koalition dafür, dass die gesetzliche Unfallversicherung neu ausgerichtet und modernisiert wird. Das bedeutet: Die Organisation wird gestrafft und an die heutigen wirtschaftlichen Strukturen angepasst. Die Zahl der gewerblichen Berufsgenossenschaften wird auf 9 reduziert. Die Zahl der Unfallkassen des Bundes und der Länder soll auf 17 reduziert werden. Flankiert werden die neuen Organisationsstrukturen durch eine Neugestaltung des Lastenausgleichs zwischen den gewerblichen Berufsgenossenschaften. Hierdurch wird das Solidarprinzip gestärkt. So trägt der Dienstleistungssektor nachhaltig zur Entlastung traditioneller Branchen wie Bau und Bergbau bei. Die bestehende Beitragsspreizung zwischen den Berufsgenossenschaften wird so deutlich verringert. Damit wird Forderungen nach einer Privatisierung des Systems der Boden entzogen.

Weitere Infos unter

[http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs\\_dok/0,,44601,00.html](http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs_dok/0,,44601,00.html)

### **5. Praktikantin erstreitet 7100 Euro Lohn**

Wegen Lohnwucher hat das Stuttgarter Landesarbeitsgericht einer früheren Praktikantin einen nachträglichen Lohn von 7100 Euro zugesprochen. Die junge Frau sei in einem Fachverlag sechs Monate „als Arbeitnehmerin und nicht als Praktikantin“ tätig gewesen, so die Richter. Das Gericht stellte außerdem fest: Die Betroffene, eine

Diplom-Ingenieurin, habe ein halbjähriges Praktikum in einem Fachverlag gemacht, in dem sie zu einem Stundenlohn von umgerechnet 2,46 Euro Veranstaltungen für den Verlag organisierte. Sie arbeitete 70 Stunden in der Woche und musste zusätzlich Hartz IV beantragen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Der Ausbildungszweck stand nicht im Vordergrund.

Dieses Urteil ist ermutigend. Es zeigt, dass sich Studierende und Absolventen, die während eines Praktikums ausgebeutet werden und die Arbeit eines Festangestellten übernehmen, wehren können. Die SPD macht sich dafür stark, dass ein Praktikum auch ein Praktikum ist.

## 6. Videowettbewerb zum Thema „Gute Arbeit“ - Preisträger gekürt

Die Preisträger stehen fest. Eine Jury aus Politik, Wirtschaft und Filmbranche hat drei Gewinner des SPD-Videowettbewerb "Gute Arbeit - Film ab!" ausgewählt. Auf dem Zukunftskonvent in Nürnberg wurden die Gewinner geehrt und ihre Filme gezeigt.

Der Sieger-Film ist eine Hommage an die Toilettenfrau. Mit dem Titel "Für eine Handvoll Euro - Bald auch in Ihrer Nähe?" zeigen Tino Schwanemann und Stefanie Paul aus Berlin die Arbeit einer Toilettenfrau - unterlegt mit der Filmmusik von Ennio Morricone aus „Spiel mir das Lied vom Tod“.

Ute Pannen aus Berlin kritisiert in ihrem Film "Gute Arbeit heißt Vertrauen" die zunehmende Überwachung am Arbeitsplatz. Sie hat den zweiten Platz belegt.

Und Jens Hildebrand, Benjamin Wagener und Marco Rentrop aus Mühlheim a.d.R. sind mit ihrem Video "Nur Ausgeschlafene leisten gute Arbeit" auf Platz Drei. Sie zeigen die Belastung durch zu viel Arbeit.

Die Filme kann man sich ansehen unter

<http://gute-arbeit.spd.de/servlet/PB/menu/1734284/index.html>

## 7. Tipp++Tipp++Tipp++Tipp++Tipp++Tipp++Tipp

Zwei Publikationen hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales neu herausgegeben, die für Betriebs- und Personalrät/inn/e/n interessant sein könnten:

- **Übersicht über das Arbeitsrecht / Arbeitsschutzrecht** mit Rechtsstand 01.01.2008. Experten aus dem zuständigen Ministerium, den Bundesbehörden und den Arbeitsgerichten führen durch das deutsche Arbeitsrecht - in verständlicher Sprache und mit vielen Beispielen. Das Buch richtet sich an Rechtsanwält/inn/e/n, Betriebsrät/inn/e/n und Personalmanager/innen. Es bietet aber auch interessierten Laien einen Überblick über das Arbeitsrecht/Arbeitsschutzrecht.

Infos unter

<http://www.bmas.de/portal/10032/>

- **Übersicht über das Sozialrecht** mit Rechtsstand 01.01.2008. Das Buch bietet Informationen aus erster Hand von Autorinnen und Autoren aus den Fachabteilungen der Bundesministerien, dem Bundessozialgerichtshof und den Sozialversicherungen. Der Band erläutert das gesamte Sozialrecht der Bundesrepublik Deutschland mit Berechnungsbeispielen, Tabellen, Grafiken und praktischen Daten über zuständige Ämter und Behörden. Der Band richtet sich an Fachleute in sozialen Einrichtungen und Diensten, in Verwaltung und Unternehmen und an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger. Das Nachschlagewerk gibt Antworten auf alle Fragen rund um die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland. Schwerpunkte sind die Reform der Pflegeversicherung, das Persönliche Budget für Menschen mit Behinderung

sowie die Rentenanpassung zum 1. Juli 2008.  
Weitere Informationen unter  
<http://www.bmas.de/portal/10028/>

V.i.S.d.P.:  
Larissa Schulz-Trieglaff  
Pressereferentin  
Bayerische SPD-Landesgruppe  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin